

Ullrich, Sebastian: *Der Weimar-Komplex. Das Scheitern der ersten deutschen Demokratie und die politische Kultur der frühen Bundesrepublik*. Göttingen: Wallstein Verlag 2009. ISBN: 978-3-8353-0442-0; 679 S.

Rezensiert von: Marcus M. Payk, Historisches Institut, Universität Stuttgart

Dieses Buch ist ein Trumm. Auf mehr als 650 Seiten untersucht Sebastian Ullrich in einer magistralen, als Dissertation an der Humboldt-Universität zu Berlin entstandenen Studie die Rolle, die das Scheitern von „Weimar“ für die Entwicklung der frühen Bundesrepublik gespielt hat. Das ist ein gewichtiges Thema, denn die traumatische Erinnerung an die Selbstaufgabe der Demokratie hat den jungen westdeutschen Staat seit je begleitet und zutiefst geformt. Zugleich dürfte die uferlose Fülle der Anknüpfungsmöglichkeiten und Untersuchungsgegenstände der wesentliche Grund sein, dass sich bislang kaum Monographien an dieses Thema gewagt haben.¹ Ullrich ist hier mutiger. Er grenzt seinen Gegenstand vor allem durch die leitende Frage ab, welche Bedeutung dem Scheitern der Weimarer Republik in der politischen Kommunikation der westdeutschen Nachkriegsjahre zugewiesen wurde. „Weimar“ war in der Vor- und Frühgeschichte der Bundesrepublik kein unumstrittener Bezugspunkt, sondern Medium für mannigfache Deutungskonflikte und politische Sinngebungsprozesse (S. 18ff.).

Ullrich folgt einer pragmatischen Kombination von Diskursanalyse und Erforschung der Erinnerungskultur (S. 25ff.), mit der er die Prägekraft von „Weimar“ in der politischen Kultur der frühen Bundesrepublik rekonstruieren möchte. Einsichten dazu liefern in erster Linie journalistisch-publizistische Texte aller Couleur sowie das offiziöse politische und parteiliche Schriftgut, daneben aber auch unveröffentlichte Korrespondenzstücke aus

¹Es dominieren auf diesem Feld vor allem Sammelbände wie Friedrich Balke / Benno Wagner (Hrsg.), *Vom Nutzen und Nachteil historischer Vergleiche. Der Fall Bonn – Weimar*, Frankfurt am Main 1997; Heinrich August Winkler (Hrsg.), *Weimar im Widerstreit. Deutungen der ersten deutschen Republik im geteilten Deutschland*, München 2002; Christoph Gusy (Hrsg.), *Weimars lange Schatten. „Weimar“ als Argument nach 1945*, Baden-Baden 2003.

zahlreichen Nachlässen. Die Untersuchung gliedert sich in zwei Hauptteile mit je drei Kapiteln, wobei der erste Teil den Weimar-Diskurs für die Jahre bis 1949 darstellt, der zweite Teil das Gründungs Jahrzehnt der Bundesrepublik bis 1959/60.

Den Auftakt bildet das Weimar-Bild vor 1945. Ullrich arbeitet in seinem ersten Kapitel präzise heraus, dass die Republik bereits vor 1933, erst recht aber nach ihrer Zerstörung zu einem negativen Projektionsobjekt für nahezu alle politischen Lager wurde. Nicht allein in der NS-Diktatur, auch in der Emigration wurde an einem Narrativ gearbeitet, wonach die Demokratie ihr Scheitern selbst zu verantworten habe (S. 51). Angesichts eines solchen schlechten Rufes hatten die Verteidiger der Weimarer Republik einen schweren Stand.

Im nachfolgenden Kapitel widmet sich Ullrich der Bedeutung von „Weimar“ als politischem (De-)Legitimationsmittel in der unmittelbaren Nachkriegszeit, wobei er zunächst die entsprechenden Geschichtsbilder der unterschiedlichen politischen Strömungen untersucht. Während etwa von kommunistischer Seite die Verantwortung für das Scheitern der Weimarer Republik der SPD zugeschoben wurde, machten Konservative eher allgemeine „Fehlentwicklungen der Moderne“ verantwortlich (S. 94, S. 101). Diese innerdeutschen Konflikte rückten zwar dort in den Hintergrund, wo die alliierten Siegermächte ein selbstkritisches Eingeständnis zur Mitverantwortung der deutschen Parteien einforderten. Doch in den Neuanfängen einer eigenständigen deutschen Politik konnten sich die konkurrierenden Bewertungen des Weimarer Scheiterns nachgerade zu inoffiziellen Parteiprogrammen versteifen, wie Ullrich anhand der geschichtspolitischen Aufladung des Verhältnisses zwischen KPD, SPD und bürgerlichen Parteien zeigt.

Welche konkreten Lehren aus „Weimar“ ließen sich jenseits einer solchen politischen Instrumentalisierung ziehen? Ullrich betrachtet dazu in seinem dritten Kapitel die Prozesse der Verfassungsgebung in der US-Zone und im Parlamentarischen Rat. Das ist sinnvoll, denn der Verfassung kommt die Aufgabe zu, den politischen Konsensbereich eines Gemeinwesens zu markieren, und dass es der

Weimarer Reichsverfassung nicht zuletzt daran gemangelt hatte, war bereits vor 1945 intensiv diskutiert worden. Die Wiederanknüpfung an eine parlamentarisch-repräsentative Regierungsform war trotzdem – oder gerade deswegen – keine Selbstverständlichkeit, sondern von harten Auseinandersetzungen begleitet. Anders als in der sonstigen politischen Öffentlichkeit wurden diese Verfassungsdebatten jedoch in einem weitgehend sachlichen, unpolemischen Stil ausgetragen (S. 203f.). Und auch das Grundgesetz wurde als betont nüchterne Konstruktion angelegt, welche die Erfahrungen der Weimarer Zeit nahezu beiläufig in verfassungstechnischen Innovationen verarbeitete – so etwa in den Neuregelungen zur Rolle des Staatsoberhauptes, zur Stellung der Zweiten Kammer oder zum Misstrauensvotum.

Auch im westdeutschen Gründungsjahrzehnt war „Weimar“, wie das erste Kapitel des zweiten Hauptteils nahelegt, auf nahezu allen politischen Debattenfeldern zumindest in latenter Weise präsent. Die Auseinandersetzungen um die vorgeblich „restaurative“ Übermacht der alten Weimarer Eliten stehen ebenso dafür wie die Diskussionen um das 1951 geplante „Demokratie-Schutz-Gesetz“, welches zwar aktuelle Anlässe hatte, untergründig aber auch und gerade Erfahrungen aus den Jahren vor 1933 zu bewältigen suchte. Ähnliches gilt für die Abwehr des vermeintlichen „Parteiengänzanks“ oder für die Sorge vor dem Versagen einer ganz auf die „Massengesellschaft“ abgestellten, innerlich führungsschwachen Demokratie. Ullrich trägt hier eine Vielzahl instruktiver Debattenbeispiele zusammen, bei denen freilich etwas zu kurz kommt, dass damit oft Ideenstränge aus den frühen 1930er-Jahren fortgeführt wurden. Andererseits ist ihm uneingeschränkt zuzustimmen, wenn er ab Mitte der 1950er-Jahre einen grundlegenden Umschwung konstatiert. Nachdem die westdeutsche Demokratie die ersten Belastungsproben erfolgreich überstanden hatte, dominierte nicht mehr die Gleichsetzung von Weimarer Republik und Bundesrepublik, sondern eine zunehmend kontrastreiche Abgrenzung zugunsten letzterer.

Dass die junge Bonner Regierung mit Blick auf „Weimar“ gleichwohl eine aktive Ge-

sellschaftspolitik betreiben musste, steht im Zentrum des folgenden Kapitels. Mit der Bundeszentrale für Heimatdienst, Vorläuferin der heutigen Bundeszentrale für politische Bildung, wurde dazu ein Instrument geschaffen, welches ein bestimmtes Denkbild vom Scheitern der Demokratie und dem Aufstieg einer totalitären Diktatur kommunizieren sollte. Die gesellschaftliche Resonanz war jedoch zunächst begrenzt, wie es sich auch anhand des Umgangs mit den Weimarer Staatssymbolen sowie der offiziellen bundesrepublikanischen Memorialkultur erkennen lässt. Erst sehr viel später, zum Ende der 1960er-Jahre, gelang es, die Weimarer Republik auf affirmative Weise in eine demokratische Traditionslinie einzufügen und sie als würdige Vorgängerin der Bundesrepublik aufzuwerten.

In seinem letzten Kapitel widmet sich Ullrich schließlich der Verarbeitung der Weimarer Republik in der Geschichtswissenschaft der 1950er-Jahre. Zwar waren bereits im Exil frühe historiographische Bilanzen der Republik erstellt worden, doch erst innerhalb der stabilen Rahmenbedingungen der Bundesrepublik begann eine ernsthafte Erforschung der Weimarer Jahre. Einen wichtigen Schub vermittelte dabei die Konkurrenz zur offiziellen Geschichtswissenschaft der DDR, die Ullrich anhand der unterschiedlichen Interpretationen zur Novemberrevolution 1918 darstellt. Aber den für die bundesdeutsche Historiographie entscheidenden Impuls gab Karl Dietrich Bracher, dessen systematisch-strukturelle Untersuchung zur Auflösung der Weimarer Republik im Jahr 1955 neue Maßstäbe setzte, auch und gerade durch ihren ungewohnten demokratischen Impetus.

Mit Blick auf die gesamte Studie ist staunenswert, wie selbstsicher Ullrich mit seinem amorphen Gegenstand umzugehen vermag. Überzeugend kann er seine zentrale These belegen, dass die Bedeutung von „Weimar“ nach 1945 keineswegs feststand, sondern erst in vehementen Interpretations- und Legitimationskämpfen ausgehandelt werden musste, um schließlich zu einem für die Selbstanerkennung der bundesdeutschen Demokratie tauglichen Erinnerungsobjekt zu werden. Wenn der rote Faden der Argumentation trotzdem gelegentlich für einige Seiten verlor geht, so liegt das in erster Linie an der

überbordenden Materialfülle. Weniger wäre durchaus mehr gewesen, und zuweilen fühlt sich der Leser geradezu erdrückt von der Lawine der Quellen und Nachweise, die Ullrich zur Präsenz von „Weimar“ in den politischen Debatten der Nachkriegszeit zusammengetragen hat.

Daneben wäre es an verschiedenen Stellen nützlich gewesen, die Dynamik von Öffentlichkeiten und die Eigenlogik von Medien in den politischen Kommunikationsprozessen stärker zur Geltung zu bringen. Beim vorliegenden Thema hätte es sich angeboten, nach den Konstitutionsbedingungen und Wirkmechanismen des Politischen unter den Bedingungen massenmedialer Öffentlichkeit zu fragen. Trotz einer Berufung auf die so genannte Neue Politikgeschichte (S. 28) beschränkt sich Ullrich in erster Linie auf die intentionale Sinnproduktion und normative Argumentation von Akteuren in einem als selbstverständlich vorausgesetzten Raum des Politischen, dessen Entstehungsbedingungen und unausgesprochene Grenzen aber weitgehend ausgeblendet bleiben.

Diese punktuelle Kritik mindert nicht den beachtlichen Wert der Studie. Ullrich bietet ein detailliertes Panorama zur politischen Ver- und Bearbeitung des Scheiterns der Weimarer Republik in den anderthalb Jahrzehnten nach Kriegsende, und er legt damit wichtige Grundlagen zur weiteren Erforschung der (geschichts)politischen Ausgangslage der jungen Bundesrepublik. Fritz René Allemanns Diktum „Bonn ist nicht Weimar“ erfährt vor diesem größeren Horizont eine neue Anschaulichkeit und Plastizität.

HistLit 2009-4-091 / Marcus M. Payk über Ullrich, Sebastian: *Der Weimar-Komplex. Das Scheitern der ersten deutschen Demokratie und die politische Kultur der frühen Bundesrepublik*. Göttingen 2009, in: H-Soz-u-Kult 29.10.2009.